

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Orlikowski
Vorname	Achim
Titel	Keine Bundeswehr in der Ukraine vor Russlands Grenze – Frieden statt Eskalation

Anschrift

Wohnort	Köln
Postleitzahl	50996
Straße und Hausnr.	Postfach 501108
Land/Bundesland.	Deutschland
Telefonnummer	0174 375 28 28
E-Mail-Adresse	aorlikowski@web.de

Wortlaut der Petition

Klarzustellen, dass deutsche Bodentruppen nicht in die Ukraine entsandt werden

Die militärische Eskalationsspirale zu stoppen, anstatt sie durch immer weitere Milliardenpakete und Waffensysteme anzuheizen,

Diplomatische Initiativen massiv zu verstärken, um Friedens- und Verhandlungsperspektiven zu eröffnen

Die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, die mehrheitlich eine direkte deutsche Kriegsbeteiligung ablehnt.

Begründung

Mit dieser Petition möchte ich meine tiefe Sorge – und die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – zum Ausdruck bringen. Der Ukraine-Krieg droht immer stärker auf Europa überzugreifen. Deutschland ist bereits durch massive Waffenlieferungen und viele Milliarden Euros Kriegsgelder an die Ukraine bereits direktes Kriegsmitglied gegen Russland. Die Lieferung von Patriot-Raketensystemen und anderen schweren Waffen hat diese Eskalation erheblich verschärft.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Rüstung und militärische Unterstützung ins Unermessliche. Es sind bereits Milliardenbeträge, die in Waffen und Munition an die Ukraine fließen, während zentrale Aufgaben im eigenen Land – von Bildung bis Infrastruktur – immer stärker unterfinanziert sind. Die Bundesregierung erweckt den Eindruck, in einen gefährlichen Rüstungsrausch geraten zu sein, angetrieben von der Vorstellung, dass „mehr Waffen“ automatisch zu mehr Sicherheit führen. In Wahrheit steigt damit jedoch das Risiko einer direkten Konfrontation mit Russland zu einem Dritten Weltkrieg

Die historische Dimension macht diese Entwicklung besonders bedrohlich. Deutsche Waffen an der russischen Grenze sind nicht irgendein Vorgang – sie werden in Russland unweigerlich an den deutschen Angriffskrieg von 1941 erinnern, in denen viele Millionen Russen ihr Leben verloren haben. Für die russische Führung und Bevölkerung muss dies als Provokation und unmittelbare Kriegsgefahr erscheinen. Wer deutsche Soldaten oder gar Bodentruppen in die Ukraine schickt, überschreitet jede rote Linie, die Deutschland in den Status eines aktiven Kriegsmitglieds katapultiert – mit unkalkulierbaren Folgen.

Die Friedensforschung warnt seit Monaten: Jede weitere Eskalation erhöht die Wahrscheinlichkeit eines direkten Zusammenstoßes zwischen der NATO und Russland – und damit das Risiko eines Dritten Weltkriegs, bis hin zu einem Atomwaffeneinsatz. Ein solcher Krieg wäre nicht „irgendwo weit weg“, sondern würde Europa ins Zentrum der Zerstörung reißen. Deutschland wäre eines der ersten Opfer.

Quellenhinweise (Auswahl):

Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend, Februar 2024 – Mehrheit gegen Bundeswehreinsatz in der Ukraine.

Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst: Völkerrechtliche Fragen der Unterstützung der Ukraine (WD 2 – 3000 – 019/22).

PRIF Report 2023 (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung): Nuclear Risks in the Ukraine War.

SIPRI Yearbook 2023: Daten zur internationalen Aufrüstung.

ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), Nuclear Weapons Risks 2023.

Anregungen für die Forendiskussion

Deutschland steht an einem gefährlichen Scheideweg: Waffenlieferungen und steigende Rüstungsausgaben treiben uns immer näher an eine direkte Kriegsbeteiligung. Viele Menschen fürchten einen Dritten Weltkrieg, der auch unser Land existenziell bedrohen würde.

Wie können wir erreichen, dass Politik den Willen der Bevölkerung nach Deeskalation und Diplomatie stärker berücksichtigt?

Wie schaffen wir es, Friedensinitiativen wieder ins Zentrum der Politik zu rücken?

Diskutieren Sie mit – es geht um nichts weniger als die Zukunft und Sicherheit unseres Landes.

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
